sen die Thüringer Regierungsparteien mit der SPD verhandelt, die Unterstützung der Baum-Regierung zusagt. Der allein gegen die KPD gerichtete Terror-Erlaß ist zweifellos die Erfüllung eines Wunsches der SPD-Führer, die mit dem Mittel des faschistischen Terrors die kommunistische Bewegung zu bekämpfen suchen.

*

Der ganzen deutschen Arbeiterklasse muß gesagt werden, daß, wie in Thüringen, auch in den übrigen Ländern der faschistische Terrorkurs gegen die kommunistische Bewegung immer mehr verschärft wird, die faschistische Diktaturverordnung wird nur gegen die Arbeiterbewegung angewandt.

Darum, Arbeiter! **Verstärkt den Kampf** gegen den Ausnahmezustand, gegen die Diktaturverordnungen der Brüning-Severing! Nehmt in allen Betrieben und proletarischen Organisationen Stellung und erhebt laut euren Protest! Klärt insbesondere die bisherigen SPD-Arbeiter über die Rolle der sozialfaschistischen Führer auf, gewinnt die politisch ehrlich denkenden SPD-Arbeiter für die rote Einheitsfront! Schart euch fester um die KPD, um die RGO, tretet in Massen als Mitglieder bei! Gestaltet den 1. Mai zu einem wuchtigen Kampftag gegen die Urheber der faschistischen Diktatur-Verordnung. Rüstet zu gewaltigen roten Demonstrationen der KPD.

Für eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung!

Spaniens Arbeiter auf den Barrikaden

Der König rettet seine Millionen mit Hilfe der „sozialistischen" Minister

Madrid, 17. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Die Ereignisse in Spanien überstürzen sich. Aus den Industriezentren Kataloniens, Barcelona, Sevilla und vielen anderen Städten werden neue schwere Straßenkämpfe gemeldet. Die Arbeiterschaft von Barcelona trat in den Generalstreik. In Barcelona und Sevilla wurde der Belagerungszustand verhängt. Kasernen und Waffenläden wurden von den Massen gestürmt. Gefängnisse aufgebrochen, Häuser bekannter Reaktionäre demoliert, republikanische Abgeordnete verprügelt und als Geiseln festgenommen. Die Soldaten sympathisieren mit den Massen. Gendarmerietruppen wurden gegen die Massen eingesetzt. In Barcelona errichteten die Arbeiter Barrikaden. Hunderte von Toten und Schwerverletzten werden gemeldet.

Barcelona, die Hauptstadt Kataloniens. — Im Ausschnitt: Oberst Macia

Unter dem Druck der Massenbewegung sind die nationalen Gegensätze aufs äußerste zugespitzt. Die nationale Bourgeoisie in Katalonien und den baskischen Provinzen sieht sich durch die drohende Haltung der Massen gezwungen, mit Madrid über die Bildung selbständiger autonomer Republiken zu verhandeln mit dem Ziel, zunächst Zeit zu gewinnen. Der Katalonenführer Oberst Macia ist Wortführer dieser Bewegung. Die Massen fordern stürmisch die Konstituierung der nationalen Unabhängigkeit Kataloniens und der baskischen Provinzen. Die Lage verschärft sich von Stunde zu Stunde.

Bereits die ersten Handlungen der republikanischen Regierung zeigen ihre Bemühungen, sich mit den Mächten der Reaktion gegen die sich bewaffnenden Massen der Arbeiter und armen Bauern zu verbünden. In besonderen Verhandlungen mit der Kirche hat die sozialdemokratisch-bürgerliche Koalition dieser die Aussöhnung mit der „Republik" durch geheime Zusicherung der Beibehaltung ihrer bisherigen Vormachtstellung abgekauft. Der König, dessen Strohpuppe die Madrider Massen öffentlich hinrichteten, konnte dank der Fürsorge der „sozialistischen" Republikaner fliehen und befindet sich mit seiner Familie und seinem Riesenvermögen bereits in Paris. Die Beute des diebischen Monarchen ist so groß, daß allein zum Schutz der Juwelen der Ex-Königin, die einen Wert von 250 Millionen Franken repräsentieren, eine Abteilung Pariser Geheimpolizisten abkommandiert wurde. Dieser freche Diebstahl am spanischen Volk wurde gedeckt und vollzog sich unter dem Schutz der „sozialistisch-republikanischen" Regierung!

Ebenso wird in der nationalen Frage diese Regierung ihren im Grund reaktionären Charakter zeigen müssen. Die Freiheitsbewegungen der bisher kulturell und politisch von der spanischen Monarchie unterdrückten Völker nehmen immer größeren Umfang an und in Katalonien hat bereits Oberst Macia die selbständige Republik ausrufen müssen, allerdings, wie er zu erklären sich beeilte, „im Rahmen der spanischen Volksrepublik". Die Regierung antwortet jetzt in versteckter Form auf diese Unabhängigkeitsbestrebungen mit der Ankündigung der Wiederaufnahme eines Prozesses zur Untersuchung der Niederlage des spanischen Heeres in Marokko. Sie deklariert das als „Akt der Gerechtigkeit". In Wahrheit will sie damit öffentlich bekunden, daß auch die neue Republik den imperialistischen Kurs der spanischen Monarchie fortzusetzen gewillt ist, was nicht nur für Marokko, sondern auch für die anderen Provinzen gilt.

Angesichts dieses sich schon in den ersten Tagen deutlich zeigenden Reaktionskurses der neuen republikanischen Regierung vollzieht sich eine Linksentwicklung im Lager der Arbeiter und kleinen Bauern, die ihren Niederschlag im Aufruf der spanischen Kommunisten findet, deren Prestige bei den Massen täglich wächst. Dieser Aufruf der PASp lautet:

„Arbeiter! Bildet Fabrikkomitees zur Erkämpfung von Lohnerhöhungen, zur Festsetzung eines Lohnminimums, zur Dekretierung des Siebenstundentages für Erwachsene und des Sechsstundentages für Jugendliche, sowie zur Schaffung einer Sozialversicherung auf Kosten des Staates und der Fabrikbesitzer, für Streiks und Versammlungsfreiheit, für die Abschaffung der Schlichtungskomitees.

Landarbeiter! Bildet ebenfalls Komitees, die für die Herabsetzung der Arbeitszeit und für die Anwendung der Unfallversicherungsgesetze auch auf die Landarbeiter kämpfen sollen.

Arbeitende Bauern! Wir fordern die sofortige Enteignung der großen Latifundien als auch deren Verteilung ohne Entschädigung, die Abschaffung der Hypothekarschulden, sowie aller Lasten, die euch bedrücken."

Für die unterdrückten nationalen Minderheiten in Katalonien, Galicie und Vascogne fordert die Partei das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung vom spanischen Staate, wenn sie es wollen.

Außerdem fordert die Partei die sofortige Räumung Marokkos und erklärt sich solidarisch mit den unterdrückten Völkern der Kolonien.

Zum Schluß fordert die Kommunistische Partei die sofortige diplomatische Anerkennung der Sowjetunion.

Die Kommunistische Partei Spaniens warnt die Arbeiter und Bauern vor den Illusionen des Bourgeois-Republikanismus, vor der Illusion, daß die Konstituierende Nationalversammlung ihre Forderung erfüllen könnte und wolle.

„Nicht eine bourgeois-sozialistische Koalitionsregierung, sondern eine revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung muß die Losung der Werktätigen Spaniens sein."

Streiksieg der Landarbeiter

Junker in Podelwitz unterschreibt Erfüllung der Landarbeiterforderungen / Rottwerndorfer Landarbeiter rüsten zum Kampf

Auf dem Gut Schönemann in Podelwitz bei Leipzig traten die Landarbeiter in den Streik unter Führung der RGO.

Der Streik der Landarbeiter in Podelwitz ist gestern siegreich beendet worden. Die Arbeiter haben die Arbeit aufgenommen, nachdem der Unternehmer die Forderungen der Belegschaft schriftlich bewilligt hatte. Der Streik konnte siegreich zu Ende geführt werden, vor allem nur deswegen, weil die gesamte Belegschaft des Gutes Schönemann einheitlich unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition kämpfte.

Die durch den Streik erzwungenen Forderungen bringen für die Landarbeiter des Gutes eine Reihe Verbesserungen ihrer Arbeitslage. So wird den Landarbeitern die Milch zum Selbstpreis geliefert, die Anfuhr von Kohle und Kartoffeln geschieht kostenlos, auch die Urlaubsfrage ist gemäß den tariflichen Bestimmungen im Interesse der Arbeiter geregelt. Das weiteren hat der Unternehmer alle Maßregelungen zurücknehmen müssen und darüber hinaus noch Landarbeiter neu eingestellt.

Wir bringen morgen:

Rückblick durch die Willebrunner Vorstadt.
Die ersten Antworten auf den Probeschreiben.

Neue Polizeiaktion in Dresden

Gestern besetzte ein Ueberfallkommando der Dresdner Polizei unter Führung einiger Kriminalbeamten die Räume des Kampfbundes gegen den Faschismus und nahm eine Haussuchung vor, die jedoch ergebnislos verlief. Gesucht wurden Klebezettel mit politischen Losungen zum antifaschistischen Kampf.

Auch in Cotta wurden bei mehreren Genossen Haussuchungen durchgeführt, die sämtlich ergebnislos verliefen.

Die Antwort der Arbeiterschaft wurde in einer glänzend besuchten Massenkundgebung im Regierheim gegeben, in der der Reichstagsabgeordnete Knöchel sprach.

Rote-Hilfe-Kundgebung gesprengt

Berlin, 17. April. (Eig. Drahtmeldung.)

Gestern abend wurde die von der Roten Hilfe in den Pharussälen veranstaltete Protestkundgebung gegen die willkürliche Verhaftung des Genossen Sandner und anderer Weddinger Arbeiter auf Grund der Notverordnung von der Grzesinski-Polizei gesprengt.

Rote Demonstration polnischer Rekruten

Kattowitz steht unter dem Eindruck eines ernsten politischen Ereignisses. Gestern mittag zogen 200 bis 400 Rekruten, die zum Militärdienst einberufen wurden, mit roten Fahnen unter dem Gesang revolutionärer Lieder und Rufen: „Nieder mit dem Henker Pilsudski! Nieder mit der faschistischen Diktatur!" vom Bahnhof durch die Straßen der Stadt.

Was begehrt das Volk?

Vom Stahlhelm bis zu den Börsenhaien von der Berliner Börsenzeitung wird zum Volksbegehren zur Auflösung des Preußischen Landtages getrommelt. Die Schuldigen an der millionenfachen Not der Volksmassen, die Finanzkapitalisten, die industriellen Unternehmer, die Großagrarier, wenden sich an das Volk. Und was wollen sie?

Wollen sie durch ihr „Volksbegehren" die Not des Volkes lindern? Wollen sie den erwerbslosen Arbeitern Brot und Arbeit, den Ausgesteuerten statt der Bettelpfennige der Wohlfahrt eine ausreichende Unterstützung geben? Wollen sie den Lohn- und Gehaltsabbau eindämmen? Wollen sie den kleinen Geschäftsleuten und Handwerkern in ihrem verzweifelten Ringen gegen den würgenden Monopolkapitalismus helfen? Wollen sie den verschuldeten kleinen Bauern von den Wucchersteuern und der großagrarischen Konkurrenz befreien?

Nichts von alledem! Gegen ein solches „Begehren" der Volksmassen haben die Organisatoren des Volksbegehrens noch immer nach der schwarzrotgoldenen Polizei gerufen. Die Stahlhelmer und Nazis in trauter Gemeinschaft mit dem deutschnationalen Finanzkapitalisten Hugenberg und der großindustriellen Deutschen Volkspartei führen ein Volksbegehren der Reaktion durch. Es geht ihnen nicht nur um die Auflösung des Preußischen Landtages, die selbst durch einen — was völlig aussichtslos ist — geglückten Volksentscheid nur ein halbes Jahr früher erreicht würde. Hugenberg, das Sprachrohr des schlimmsten kapitalistischen Scharfmachertums, hat dieses Volksbegehren darüber hinaus zu einer **allgemeinen Mobilmachung der Kräfte der Reaktion, der Kräfte des Faschismus** erklärt. Mit Unterstützung der Mordbanden des Stahlhelms und der volksverräterischen Nazipartei soll die faschistische Unterdrückung der ausgeplünderten Volksmassen gesteigert, die Not vergrößert, das Regiment der Hugenberg, Thyssen, Kirdorf und ähnlicher Finanziers der Nazipartei noch räuberischer werden.

Die Mobilmachung der faschistischen Kräfte wird natürlich unter einer betrügerischen Parole geführt: Gegen das „rote und marxistische Preußen". Wo ist denn eigentlich diese Preußenregierung je „rot und marxistisch" gewesen? **Worin unterscheidet sich diese preußische Regierung der Polizei-SPD und des schwarzen Zentrums von der Brüning-Regierung im Reiche?**

Hat diese Preußenregierung nicht die faschistischen diktatorischen Maßnahmen Brünings stets rücksichtslos gegen das Volk durchgeführt? War diese Preußenregierung nicht stets bereit, als dienstbereite zuverlässige Reserve Brünings selbst die bescheidensten Steuerbeschlüsse des Reichstages gegen die Besitzenden im Reichsrat niederzustimmen? Haben die Otto Braun, Severing, Grzesinski und der unauslöschlich ins Gedächtnis der Berliner Arbeiterschaft eingegrabene Zörgiebel nicht die Panzerwagen, Polizeikarabiner und Gummiknüppel gegen das werktätige Volk noch „fachmännischer" als Frick kommandiert? Hat die preußische Regierung, haben die sozialdemokratischen Polizeifunktionäre nicht die faschistische „Notverordnung", dieses neue Sozialistengesetz, mit besonderer Genugtuung **gegen die Partei des revolutionären Marxismus,** gegen die rote Einheitsfront, gegen die stürmisch wachsende Front des Kommunismus durchgeführt?

Jede dieser Fragen birgt die Antwort in sich. Nicht marxistisch, nicht rot war die Preußenpolitik. Sie war antimarxistisch. Sie war und ist polizeisozialistisch. Sie war und ist ein Hort der Brüning-Reaktion, die die schwarze Zensur und den Gummiknüppel gegen jede freiheitliche Regung der Arbeiterschaft bereithält. Die Sozialdemokratie hat sich in Preußen klassisch als Hilfspolizei des Faschismus betätigt.

Um was geht es bei dem Volksbegehren der Reaktion in Preußen?

Die Deutschnationalen, Volksparteiler, Stahlhelmer und Nazis wollen die Sozialdemokraten und Demokraten **aus den Tausenden von Posten an der staatlichen Futterkrippe bringen, um sie selber zu besetzen.** Ihr „Volksbegehren" soll eine Peitsche zur beschleunigten Durchführung der volksfeindlichen faschistischen Diktatur sein. Es ist über dem Futterkrippenwettstreit mit der Sozialdemokratie hinaus eine Mobilmachung aller reaktionären Kräfte gegen die einzige wirkliche Freiheitsfront in Deutschland, gegen **die rote und marxistische revolutionäre Front des Proletariats, die von der Kommunistischen Partei geführt wird.**

Das „Volksbegehren" der Reaktion dient gleichzeitig sowohl der Wiederbelebung der brüchigen niedergehenden Organisation des Stahlhelms, als auch der Abwiegelung des inneren Aufruhrs in der faschistischen Bewegung, der sich in der Meuterei der SA gegen die volksbetrügerischen Naziführer in den letzten Wochen so explosiv entlud. Das erwachende Volk, das immer sichtbarer den krassen Gegensatz zwischen seiner gedrückten schlimmen Lage und der noungkapitalistischen Politik der Nazis, Deutschnationalen und Volksparteiler spürt, soll wieder einmal durch antimarxistisches Geschrei irregeführt und abgelenkt werden. Es soll der volksfeindlichen [illegible] als Zugpferd vorgespannt werden.

Wir Kommunisten sagen: **Kein Werktätiger gibt seine Stimme dem „Volksbegehren" der Reaktion!** Wir Kommunisten sagen gleichzeitig: Keinen Funken Vertrauen zu den Polizeisozialisten, den Schändern und Verrätern am volksbefreienden Marxismus! Keinen Funken Vertrauen den schwarzen Zentrumsfaschisten!

Wir rufen das Volk zur roten Mobilmachung und wissen, daß wir die Kraft der Zukunft, wir die kommenden revolutionären Kampfgefährten von Millionen sind, die sich von der antimarxistischen Polizei-SPD, von den Parteien des Mordfaschismus und der finsteren Zentrumsbarbarei abkehren, um in der Front des wehrhaften revolutionären Marxismus dem Sieg der Volksmassen entgegen zu marschieren.

Wo Arbeiter, Mittelständler oder werktätige Bauern sich zusammenfinden, dort schmiedet sich in stählerner Härte diese einzige wirkliche Volksfront gegen die katastrophale Politik des herrschenden Systems und die volksfeindlichen Pläne der vereinigten Faschisten. **Das ist die Front, über der die rote Fahne mit Hammer und Sichel weht.** In den Fabriken und Kontoren, in den Arbeiterquartieren und auf den Gütern, bei den Handwerkern und beim schaffenden Bauern trotzt sie allen feindlichen Anschlägen, formiert sie sich unter der Führung der Kommunistischen Partei, unter den Losungen der **revolutionären Rettung des Volkes.**

Was begehrt das Volk?

Weder Severing noch Hitler, weder Braun noch Hugenberg!

Das Volk begehrt Arbeit, Brot und Freiheit!

Das Volk kämpft für den Sozialismus, für ein Sowjet-Deutschland!